

Beantwortung Wahlprüfsteine

Ingenieurkammer Sachsen vom 12. Juli 2024

Als Ingenieurkammer Sachsen sind wir die berufsständische Vertretung aller Ingenieurinnen und Ingenieure im Freistaat Sachsen. Ingenieurinnen und Ingenieure tragen mit ihrem Fleiß, ihrem Fachwissen und ihrer Innovationskraft maßgeblich zu einer prosperierenden Wirtschaft und einer intakten Umwelt im Freistaat Sachsen bei. Unser Berufsstand ist gewillt, diese „Erfolgsgeschichte“ fortzusetzen. Damit er jedoch sein wirtschaftliches Potenzial voll entfalten kann, müssen aus unserer Sicht die nachfolgenden Themen durch kluge Entscheidungen vorangebracht werden. Wir bitten Sie, dazu Position zu beziehen und Ihrerseits Maßnahmen zu benennen, mit denen die wirtschaftliche Situation sowie die Innovationskraft Sachsens auch in der neuen Legislaturperiode weiter gestärkt werden sollen.

- 1. In den letzten Jahrzehnten haben die Kammern viele originäre Aufgaben als unverzichtbare Partner der (Bau-)Verwaltung übernommen. Um eine Finanzierung und damit kontinuierliche Erledigung dieser Aufgaben zu gewährleisten, ist die Einführung einer gesetzlichen Mitgliedschaft zwingend notwendig.**

Die Mitgliedschaft in einer der 16 Ingenieurkammern Deutschland weist einen hohen qualitativen Standard aus. Als SPD ist es uns wichtig, dass diese herausragende Qualität des Ingenieurwesens geschützt wird, indem die Kammern über die Einhaltung des Berufsrechts und weiterer Anforderungen wachen. Zugleich sind die Kammern für uns wichtige Ansprechpartner, um sich gemeinsam für gute Wirtschafts- und Arbeitsbedingungen zum Wohle des Freistaates einzusetzen. Bislang ist die Mitgliedschaft in den Ingenieurkammern der Länder nicht einheitlich geregelt. Beratende Ingenieur:innen sind in Sachsen gesetzlich zur Mitgliedschaft verpflichtet. In die Liste der Beratenden Ingenieur:innen sind auf Antrag auch weitere Berufsangehörige aufzunehmen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit einer freiwilligen Mitgliedschaft. Voraussetzung einer freiwilligen Mitgliedschaft ist immer das Recht zum Führen der Berufsbezeichnung Ingenieurin/Ingenieur nach Sächsischem Ingenieurgesetz. Diese hohen Standards der Zugangsvoraussetzungen fördern das Vertrauen der Auftraggeber in eine Kammermitgliedschaft. Über die Bedingungen der Kammermitgliedschaft und die Unterstützung der Arbeit der Kammer tauschen wir uns als SPD gern mit der Ingenieurkammer – wie wir das bereits mit anderen berufsständischen Kammern getan haben – in der nächsten Legislaturperiode aus.

- 2. Sachsens Ingenieurbüros leiden unter überzogenen Referenzanforderungen, die den Wettbewerb einschränken und die Effizienz der Vergabepaxis beeinträchtigen. Der Wegfall von § 3 Absatz 7 Satz 2 VgV verschärft die Situation zusätzlich. Wir fordern eine Vereinfachung öffentlicher Vergaben.**

Als sächsische SPD wollen wir ein modernes, bürokratiearmes Vergabegesetz. Uns ist es wichtig, dass bei Vergaben der öffentlichen Hand nicht der Billigste, sondern der Beste zum Zuge kommt. Unternehmen, die fachlich exzellent sind, die ausbilden und gute Löhne zahlen, die ökologisch und nachhaltig denken und arbeiten, dürfen keinen Nachteil haben, nur weil ihre Leistungen etwas wert sind und deshalb auch etwas kosten. Wir sind im Gegenteil der Auffassung, dass diese Kriterien bei Vergaben angemessen gewürdigt werden müssen. Neben Tariftreue und der Förderung sozialer und ökologischer Kriterien wollen wir auch in Zukunft, dass möglichst viele öffentliche Aufträge an sächsische Unternehmen gehen. Die öffentliche Hand soll mit ihren Aufträgen wichtiger Referenzgeber für das Prinzip „Gute Arbeit“ und die Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen werden.

Das Ziel der SPD in Land und Bund ist es, die öffentlichen Vergabeverfahren zu vereinfachen, zu digitalisieren und zu beschleunigen. Dies ist auch Gegenstand eines gegenwärtig laufenden Koalitionsvorhabens auf Bundesebene. Im Zuge der Erarbeitung des Vergabetransformationspakets wurden mehr als 450 Stellungnahmen ausgewertet und ein Prozess des inhaltlichen Austauschs mit den Stakeholdern geführt. Den konkreten Referentenentwurf und die weitere Befassung im Bundeskabinett sowie auf parlamentarischer Ebene im Bund gilt es abzuwarten.

- 3. Die Abschaffung der HOAI-Mindest- und Höchstsätze hat zum Preisdumping zu Lasten des Verbraucherschutzes geführt, was mit dem Qualitätsversprechen der planenden Ingenieure unvereinbar ist. Wir fordern ein klares Bekenntnis zur konsequenten Anwendung der HOAI durch öffentliche Auftraggeber.**

Die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) ist seit einem EuGH-Urteil nicht mehr zwingend für Honorarvereinbarungen. Sie dient aber als aus unserer Sicht weiterhin wichtiger Referenzrahmen für die Vergütung von Leistungen. Uns als SPD ist eine gute und gerechte Bezahlung wichtig. Das gilt auch für Honorare. Öffentlichen Auftraggebern kommt hier eine besondere Verantwortung zu. Nicht der Billigste, sondern der Beste – in diesem Fall das Ingenieurbüro mit der besten Planungsleistung – soll den Zuschlag erhalten.

- 4. Die Bau- und Planungsbranche hat großes Digitalisierungspotenzial (Stichwort Building Information Modeling). Mit dem Pilotprojekt „Digitalisierung der Bauverwaltung in Sachsen“ wurde der richtige Weg eingeschlagen. Wir fordern eine flächendeckende Umsetzung, um Planungsprozesse zu beschleunigen.**

Auf Bundesebene setzt sich die SPD dafür ein, dass elektronische Fachverfahren durchdacht digitalisiert umgesetzt werden können. Schlussendlich müssen im Ergebnis digitalisierte Verwaltungsverfahren sowohl für die Mitarbeiter:innen in der Verwaltung als auch für die Wirtschaft und die Bürger:innen in Sachsen einfach, zügig und barrierearm umsetzbar sein. Dafür wollen wir das Zentrum Digitale Souveränität künftig nach einem Beitritt Sachsens ebenso wie die bundesweite Plattform Open CoDE stärker nutzen, auch für die länderübergreifende Kooperation.

Für uns steht die Förderung und das Voranbringen von technologischen, sozialen und nachhaltigen Innovationen im Zentrum der Wirtschaftspolitik. Auch wenn unter der Federführung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern das gemeinsame Pilotprojekt "Digitales Baugenehmigungsverfahren" bereits gestartet wurde und einige der größten Kommunen in Sachsen dieses bereits in ihren Fachbehörden implementiert haben, gibt es noch viel zu tun.

Wir sind noch nicht zufrieden mit dem bislang erreichten Stand der Digitalisierung in der Verwaltung. Ein gutes digitales Verfahren setzt ein gut durchdachtes Verfahren voraus. Deshalb wollen wir mit einer lean&clean-Taskforce Verwaltungsprozesse entrümpeln und wirtschafts- wie bürger:innenorientiert digitalisieren. Dazu gehört auch, sich mit den beteiligten Nutzer:innen der Verwaltungsverfahren auszutauschen und so Konzepte wie das Building Information Modeling auch effektiv umzusetzen. Es kann am Ende kein Interesse daran bestehen, dass die Digitalität des Verfahrens nur intern in Wirtschaft und Verwaltung stattfindet und dazwischen erneut postalisch Papierausdrucke versandt werden.

Eine KI-gestützte Bearbeitung von Anträgen testen wir zunächst in Reallaboren. Zusätzlich braucht es regelmäßige Evaluationen – am besten gesetzlich verankert – zur Umsetzung des OZG, aber auch bestehender Projekte in Sachsen auf Landes- wie kommunaler Ebene, um Digitalisierungsprozesse voranzubringen und zu entwickeln. Bei der Umsetzung von digitalen Verwaltungsverfahren werden wir kleinere Kommunen unterstützen und die interkommunale Zusammenarbeit stärken.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die EfA-Lösung für den digitalen Bauantrag über die Pilotkommunen hinaus in ganz Sachsen ausgerollt wird und, wenn möglich, zusätzliche Mittel dafür bereitgestellt werden.

- 5. Kommunale Wärmeplanung ist eine Frage der Daseinsvorsorge und eine Aufgabe, die mit Ingenieurverstand gelöst werden kann und sollte. Wir fordern die zügige Umsetzung einer landesrechtlichen Regelung unter Einbeziehung der in der Ingenieurkammer gebündelten Fachkompetenzen.**

Das zuständige Staatsministerium für Energie und Klimaschutz (SMEKUL) beabsichtigt, noch in der laufenden Legislatur das Wärmeplanungsgesetz des Bundes per Rechtsverordnung in Landesrecht umzusetzen. Als SPD erwarten wir eine zeitnahe Lösung und die Einbeziehung der relevanten Kammern und Verbände.

- 6. Im Sinne des Prinzips des lebenslangen Lernens muss die Anerkennung inländischer und ausländischer Berufsqualifikationen vereinfacht werden. Zudem fordern wir eine Verschlankung der Verwaltung, die Ingenieurstellen bindet und somit den Fachkräftemangel in der Wirtschaft verstärkt.**

Die sächsische SPD steht für eine angemessene Personalausstattung, gute Arbeitsbedingungen und eine starke Mitbestimmung der Beschäftigten in der Verwaltung. Verwaltungsvereinfachung streben wir auf allen Ebenen an. Wie viel Personal es braucht, bemisst sich nicht an abstrakten Zielwerten, sondern an den zu bewältigenden Aufgaben. Dabei spielt die Digitalisierung von Verwaltungsarbeiten eine wichtige Rolle. Vorprüfungen durch KI-Module werden wir in Reallaboren testen und Verwaltungsprozesse durch eine lean&clean-Taskforce entrümpeln. Wir brauchen sowohl in der Verwaltung als auch in der Wirtschaft neue, kreative und innovative Ideen, wie wir langfristig Fachkräfte gewinnen, entwickeln und binden können.

Fachkräfte für sich zu gewinnen, zu halten und zu entwickeln ist eine wichtige Aufgabe jedes Unternehmens. Wir wollen die sächsischen Unternehmen dabei unterstützen und setzen uns dafür ein, dass der Freistaat die bestmöglichen Rahmenbedingungen dafür schafft. Die sächsische SPD hat dafür gesorgt, dass es in Sachsen starke Instrumente auf strategischer und operativer Ebene gibt – von der Fachkräftestrategie des Freistaates über die Fachkräfteallianz und verschiedene Förderinstrumente der beruflichen Bildung und der Arbeitsmarktintegration bis hin zu Strukturen wie dem Zentrum für Fachkräftesicherung und Gute Arbeit Sachsen (ZEFAS) und der Jugendberufsagentur Sachsen (JubaS). Auch der Ausbau von Kinderbetreuung und Pflege und eine gute Schulbildung sind wichtige Standortfaktoren.

Wir wollen das Arbeits- und Fachkräftepotenzial in unserem Land ausschöpfen und auch diejenigen aktivieren und qualifizieren, die beispielsweise für eine lange Zeit arbeitslos sind und eine zweite oder auch dritte Chance brauchen. Darüber hinaus sind wir auch auf den Zuzug neuer Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen. Den „Pakt zur Gewinnung internationaler Fachkräfte“, den Wirtschaft, Gewerkschaften und Freistaat gemeinsam geschlossen haben, wollen wir deshalb weiter mit Leben füllen.

Verstärkt eine Willkommenskultur zu entwickeln und zu leben, ist für die SPD Sachsen ein zentraler Schlüssel für die Gewinnung internationaler Fach- und Arbeitskräfte sowie eine gelingende Integration nicht nur in den Arbeitsmarkt, sondern auch nachhaltig und langfristig in unsere Gesellschaft. Regionale Initiativen wie die Welcome Center, die Personen aus Drittstaaten beim Ankommen in Sachsen und Unternehmen bei der Integration ihrer neuen Mitarbeiter unterstützen, leisten hier wertvolle Arbeit. Eine Willkommenskultur zu etablieren, liegt sowohl in der Hand zivilgesellschaftlicher als auch staatlicher Strukturen. So sind die Ausländerbehörden ein wichtiger Akteur, der einen großen Beitrag dazu leisten kann, internationalen Fach- und Arbeitskräften den Weg zu ebnen und sie gut und zügig bei den notwendigen Verfahren zu begleiten. Unternehmen muss es möglichst einfach gemacht werden, Personen aus Drittstaaten einzustellen. Deshalb wollen wir die Ausländerbehörden zu Willkommensbehörden weiterentwickeln und dafür sorgen, dass die Verfahren beschleunigt und Beschäftigungserlaubnisse zügig erteilt werden.

- 7. Die steigenden Anforderungen in ingenieurtechnischen Berufen erfordern höhere Qualifikationen. Der aktuelle MINT-Anteil von 51 % (bezogen auf ein 6-semestriges Bachelorstudium) fördert einen inflationären Umgang mit der Bezeichnung „Ingenieur“. Wir fordern, den Anteil auf min. 70 % zu erhöhen.**

Die geltenden Regelungen im Sächsischen Ingenieurgesetz zum Führen der Berufsbezeichnung „Ingenieur“ sind zuletzt im Jahr 2017 novelliert worden. Wenngleich ein inflationärer Umgang mit dieser Berufsbezeichnung auf den ersten Blick für uns nicht erkennbar ist, steht die SPD Sachsen einer Prüfung des Sächsischen Ingenieurgesetzes offen gegenüber. Hierbei sollten Erfahrungen mit der seit 2017 geltenden Rechtslage ebenso berücksichtigt werden wie die Regelungen anderer Bundesländer, um ein möglichst harmonisches Berufsbezeichnungsrecht im Ländervergleich herstellen zu können, ohne dabei Mindeststandards zu verletzen. Gleichzeitig ist uns wichtig, die Absolventinnen und Absolventen sächsischer Hochschulen und die Attraktivität des Hochschulstandortes Sachsen im Blick zu behalten, die auch an die Verleihung der Berufsbezeichnung „Ingenieur“ geknüpft ist.

- 8. In Deutschland muss ein Beratender Ingenieur seine Unabhängigkeit von gewerblichen Interessen sowie fachliche Expertise vor einem unabhängigen Gremium nachweisen. Wir fordern die Einführung des Beratenden Ingenieurs als Prüfkriterium bei Vergabeleistungen der öffentlichen Hand.**

Als SPD arbeiten wir an einem modernen, bürokratiearmen Vergabegesetz für Sachsen. Neben Tariftreue und der Förderung sozialer und ökologischer Kriterien wollen wir auch in Zukunft, dass möglichst viele öffentliche Aufträge an sächsische Unternehmen vergeben werden. Die Verkehrs- und Energiewende sowie die Sanierung der vorhandenen Infrastruktur werden zahlreiche zusätzliche Planungsaufträge erforderlich machen. Die öffentliche Hand soll mit ihren Aufträgen dabei wichtiger Referenzgeber für das Prinzip „Gute Arbeit“ und die Förderung von kleinen und mittelständischen

Unternehmen werden. Daher begrüßen wir es sehr, dass die Ingenieurkammer Sachsen seit 2019 Mitglied und Träger der Auftragsberatungsstelle Sachsen e. V. (ABSt) ist. Die ABSt werden wir als Kompetenzzentrum stärken und dabei auf die Unterstützung durch Qualitätsstandards des Ingenieurwesens hinwirken. Die Einführung eines Vergabekriteriums zur Eintragung in ein Bundesregister werden wir vor dem Hintergrund der unbedingten Einhaltung europa-, vergabe- und wettbewerbsrechtlicher Rahmenbedingungen prüfen.

9. Wir fordern eine gut erhaltene Infrastruktur mit hoher Investitionsquote für eine prosperierende Wirtschaft. Steuereinnahmen sollten vor allem in Infrastruktursanierung fließen. Die Verabschiedung des Haushaltsplans im Vorjahr ist für die Planungssicherheit der Ingenieurbüros entscheidend.

Sachsen hat sich zu einem leistungsfähigen Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort entwickelt. Diese Entwicklung ist auch das Ergebnis der langjährigen Strategie des SPD-geführten Wirtschaftsministeriums, die Wirtschafts- und Technologieförderung sowie Hochschulentwicklung, kommunale Mobilitätslösungen, Aus- und Weiterbildung und Infrastrukturausbau zu einem wirksamen Ganzen verknüpft.

Drei Faktoren sind entscheidend für die gute wirtschaftliche Zukunft unseres Landes: leistungsfähige Infrastruktur, ausreichend Fachkräfte und Innovationen. Deshalb steht die weitere Förderung von technologischen, sozialen und nachhaltigen Innovationen im Zentrum der SPD-Wirtschaftspolitik. Strukturelle Unterstützung und gezielte Förderprogramme helfen Unternehmen dabei, Fachkräfte zu sichern und ihr Innovationspotenzial auszuschöpfen.

Die immensen Herausforderungen, vor denen wir im Freistaat stehen – Digitalisierung, Automatisierung, klimaneutrale Wirtschaft – bergen auch große Chancen für Sachsen, denn ganze Wirtschafts- und Industriezweige ordnen sich neu. Damit Sachsen das Land der Zukunftsindustrien wird und sich einen Vorsprung erarbeiten bzw. Spitzenpositionen ausbauen kann, will die sächsische SPD Zukunftsinvestitionen in die sächsischen Regionen möglich machen.

Sachsen braucht eine zukunftsfähige Infrastruktur: Dazu gehören Leitungen und Netze für Daten ebenso wie für Strom und Wasserstoff sowie Verkehrsinfrastruktur auf der Straße und im ÖPNV. Zu einer zukunftsfähigen Infrastruktur gehören ebenso gute Schulen, moderne und leistungsfähige Krankenhäuser und bezahlbarer Wohnraum. Um diese Investitionen in die Zukunft tätigen zu können, hat die sächsische SPD einen Plan mit konkreten Vorschlägen vorgelegt: <https://sachspd.de/wp-content/uploads/sites/86/2024/08/2408-Unser-Plan-fu%CC%88r-Milliardeninvestitionen.pdf>.

Zu guter Letzt: Die Notwendigkeit eines möglichst frühzeitig verabschiedeten Landeshaushaltes ist uns bewusst. Unternehmen ebenso wie weitere zivilgesellschaftliche Akteure und schließlich auch der Freistaat selbst benötigen Planungssicherheit. Uns ist ebenso bewusst, dass bei Haushaltsverhandlungen teils stark divergierende Sichtweisen verschiedener Partner in einem

intensiven Prozess klug und angemessen abgewogen und ausverhandelt werden müssen, damit das Ergebnis über einen Doppelhaushalt hinweg trägt. Wir setzen uns nichtsdestotrotz für einen zeitnahen Beginn und den zügigen Abschluss von Haushaltsverhandlungen ein.